Fehlsteuern

NoVA, KFZ- und Sekt-Steuer – das gepfuschte **Belastungspaket** vom März 2014 erwies sich für die Staatseinnahmen als Bumerang.



STEFAN PABESCHITZ

en das unwürdige Ringen im Vorfeld der Steuererhöhungen vom März 2014 nicht von der latenten Fehlbesetzung der politischen Ämter in Österreich überzeugt hatte, überlegt es sich vielleicht jetzt noch einmal. 50 Millionen an Mehreinnahmen aus der NoVA-Erhöhung hat sich der inzwischen ins politische Nirwana entwichene Finanzminister damals schöngerechnet. Unter anderem verstand Spindelegger wohl auch von Volkswirtschaft nichts.

Denn die NoVA-Erhöhung fuhr einen veritablen Verlust ein: 80 Millionen weniger als 2013 – insgesamt also ein schlankes 130 Millionen-Loch im Budget. Daraus wird noch mehr, weil das

budgetierte, aber nicht eingenommene Geld nachträglich geliehen werden muss. Nun ist es nicht so, dass diese Entwicklung nicht vorauszusehen war. Die Autoimporteure haben ausgiebig vor der zu erwartenden Marktreaktion gewarnt: Weniger verkaufte Neuwagen ergeben weniger Einnahmen, was für eine Überraschung! In seiner Planungslust kann sich ein politisches Gehirn aber nun einmal nicht von simplen Fakten bremsen lassen.

Sollten wir Steuerzahler nicht froh sein, wenn wir insgesamt weniger abgedrückt haben als erwartet? Tatsächlich gibt es in dieser Rechnung aber leider trotzdem nur Verlierer. Zunächst einmal viele Menschen, die unter dem Druck der Steuerlast zu einem kleineren, billigeren Neuwagen greifen mussten. Oder überhaupt zu einem Gebrauchten auswichen – weder ein Gewinn für die Finanz noch für die Umwelt oder die Sicherheit auf den Straßen. Dann die Händler und Importeure, deren Umsätze rückläufig waren. Und am Ende wieder der Staat selbst, der weniger einnahm und

Der Markt richtet sich nicht nach politischem Wunschdenken und unausgegorenen Konzepten, er folgt Naturgesetzen.



Staatliche Gier ohne Gewinn, beispielsweise bei Autos, die mit so hohen Steuern belegt sind, wie eine Eigentumswohnung kostet. Wer konnte, hat gleich beides im Ausland erworben

dafür aus der künstlich unter Druck gesetzten Branche einige neue Arbeitslose zum Erhalt dazugewonnen hat.

Der Markt richtet sich eben nicht nach politischem Wunschdenken und unausgegorenen Konzepten – er folgt Naturgesetzen, wie es auch die Physik tut. Fehlsteuerungen dieser Art tragen zur im Land kursierenden Politikverdrossenheit ein Schäuflein bei. Um die Finanzen eines Staates zu lenken, genügt es weder, ein promovierter Neffe zu sein, noch eine stets zu laute Frau mit schlechten Manieren, auch nicht einfach nur der nächste blasse Hinterbänkler, der einen Job annimmt, den sonst keiner mehr haben will. Damit reicht es womöglich gerade noch zum Bestatter für gepflegte Millionengräber.

Der leidvolle Usus, durch Parteikarriere, aber ohne Vorkenntnisse Minister für eh irgendwas zu werden, scheint derzeit zumindest beim Finanzressort ausgesetzt zu sein. Der Ausgang der aktuellen Diskussion Lohnsteuerreform kontra Firmenwagen-Sachbezug darf als Prüfstein für die Lernfähigkeit der Regierung in Sachen Volkswirtschaft gelten.

Wenn es wieder schief geht, trösten wir uns am besten mit heimischem Sekt – auch dessen Umsätze hat der Staat mit der Sondersteuer von 2014 erfolgreich versenkt. Mit etwas gutem Willen können wir das Land vielleicht doch mit Saufen vor dem Ertrinken retten.